

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**
- 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über
eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils
der Sitzung vom 16.11.2022**
- 3 **Aktuelle Situation Energielage**
- 4 Information zur Aufgabenstellung der Machbarkeitsstudie für das Forum an der
Plantage + Vorlage Projektstruktur
- 5 Richtlinie der Landeshauptstadt Potsdam zur Förderung von Maßnahmen
Kommunaler Pflegepolitik - Pflege vor Ort
Vorlage: 22/SVV/0974
Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Inklusion
- 6 Beschluss zum Vorschlag des Kreiswahlleiters für die Landtagswahlen
Vorlage: 22/SVV/1094
Oberbürgermeister, Verwaltungsmanagement
- 7 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung - zur Erledigung**
 - 7.1 Regelmäßige Treffen der Fraktionsvorsitzenden mit der Verwaltungsspitze
Vorlage: 22/SVV/0607
Fraktionen DIE LINKE, CDU, DIE aNDERE, Freie Demokraten
 - 7.2 Josephinen-Wohnanlage zur Chefsache machen
Vorlage: 22/SVV/0972
Fraktion DIE LINKE
 - 7.3 Priorität für neuen Plenarsaal
Vorlage: 22/SVV/0938
Fraktion DIE LINKE
- 8 **Vorberatung im Hauptausschuss**
 - 8.1 Neufassung der Taxitarifverordnung
Vorlage: 22/SVV/1061
Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur

9 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 9.1 Bürgerbefragung zu Rechenzentrum und Garnisonkirche
Vorlage: 21/SVV/1201
Fraktion DIE LINKE
- 9.2 Prüfung der Versicherungskosten der Pro Potsdam durch das
Rechnungsprüfungsamt
Vorlage: 22/SVV/0001
Fraktion DIE aNDERE
- 9.3 Schaffung und langfristige Sicherung von bezahlbarem Wohnraum in ganz
Potsdam
Vorlage: 22/SVV/0367
Fraktionen SPD, DIE LINKE
- 9.4 Ortsteilbeauftragte/r
Vorlage: 22/SVV/0606
Fraktion DIE LINKE
- 9.5 Ausbaupotentiale des Fernwärmenetzes
Vorlage: 22/SVV/0726
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 9.6 Energiekrise nicht zur sozialen Krise werden lassen – Bürger:innen entlasten!
Vorlage: 22/SVV/0737
Fraktion DIE LINKE
- 9.7 Stadteilvertretungen zur Intensivierung der Bürgerbeteiligung
Vorlage: 22/SVV/0742
Fraktion CDU
- 9.8 Konzept für die Beteiligungsformate der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 22/SVV/0833
Fraktion CDU
- 9.9 Unterstützung alternativer Energiequellen
Vorlage: 22/SVV/0748
Fraktion Freie Demokraten
- 9.10 Transparenz der Tätigkeit von Beiräten
Vorlage: 22/SVV/0792
Fraktion DIE aNDERE und Stadtverordneter Andreas Menzel (BVB/FW)
- 9.11 Wissenstransfer für Potsdam - Fortführung der Zuwendung an den Verein
proWissen Potsdam zum Betrieb der Wissenschaftsetage im Bildungsforum
Potsdam
Vorlage: 22/SVV/0914
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters

- 9.12 Faire und gleiche Bezahlung in der Klinikgruppe "Ernst von Bergmann"
Vorlage: 22/SVV/0980
Fraktion DIE aNDERE
- 9.13 Vereinbarung zur Sicherung bezahlbarer Mieten, Wohnraumversorgung durch
Neubau und Klimaschutz bei der ProPotsdam GmbH
Vorlage: 22/SVV/1019
Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
- 10 Verständigung zur Einwohnerfragestunde**
- 11 Mitteilungen der Verwaltung**
- 11.1 Prüfung der städtischen Beteiligung am HBPG/BKG
Vorlage: 22/SVV/0697
Oberbürgermeister, GB Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- 11.2 Personalbericht - II. 2022 – "Attraktive Arbeitgeberin"
Vorlage: 22/SVV/1143
Oberbürgermeister, Personal und Organisation
- 11.3 Information über den Stand der Verhandlungen zur Interkommunalen
Zusammenarbeit
gemäß Beschluss: 21/SVV/1353
- 11.4 Fortführung der externen WerkStadt für Beteiligung ab 02/2023 / Ergebnis des
Zuwendungsverfahrens
Vorlage: 22/SVV/1064
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation und Partizipation
- 11.5 Status UNESCO Creative City of Film
Vorlage: 22/SVV/1067
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation und Partizipation
- 12 Sonstiges**

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2

**Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung
vom 16.11.2022**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 16 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung sollen die Punkte **9.6, 9.7, 9.10 und 7.1** wegen der fehlenden Ausschussvoten **zurückgestellt werden**. Im Weiteren schlägt er vor, den Punkt 4 mit den Punkten 7.3 und 9.1 gemeinsam zu beraten.

Herr Dr. Scharfenberg bittet darum, den Punkt 4 als inhaltliche Verständigung zur Aufgabenstellung anzusehen. Aufgrund des sehr umfangreichen Materials sollte den Fraktionen die Möglichkeit einer Verständigung und der Einreichung von Änderungsvorschlägen eingeräumt werden. Demzufolge sollten auch die Punkte **7.3 und 9.1 erneut zurückgestellt** und in der nächsten Sitzung gemeinsam beraten werden. Er bittet auch den Punkt **9.4 zurückzustellen**, da vereinbart war, diese Thematik im Beisein der Ortsvorsteher:innen und in Auswertung des Berichts von Prof. Franzke zu beraten.

Herr Walter schlägt vor, den Punkt **9.5 heute nicht zu behandeln**, da es im Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität eine Einigung zum Antrag gab, der Vorschlag der Verwaltung in den Antrag der Fraktion CDU (DS 22/SVV/0739, betr.: nachhaltige/erneuerbare Energiegewinnung in Potsdam) eingeflossen ist und dies demnach abschließend in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 07.12.2022 zu beraten ist.

Herr Dr. Scharfenberg spricht sich gegen eine Zurückstellung des Punktes 9.6 aus; im Vorfeld der Dezember-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung sollte sich der Ausschuss für Finanzen abschließend verständigen, um eine Beschlussfassung zu ermöglichen. Herr Dr. Wegewitz, als Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, entgegnet, dass der in Rede stehende Änderungsantrag nicht vorgelegen habe und er für die Einberufung einer Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen vor der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 07.12.2022, keine Möglichkeit mehr sehe.

Der Oberbürgermeister bestätigt, dass einer Befassung im Januar 2023 sowie Beschlussfassung nachdem die Voten der Ausschüsse vorliegen nichts entgegenstehe.

Er fasst die Vorschläge zur Änderung der Tagesordnung zusammen:
Die **Tagesordnungspunkte 7.1, 7.3, 9.1, 9.4, 9.5, 9.6, 9.7 und 9.10** werden **zurückgestellt**.

Unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“, so der Oberbürgermeister, werde er über den Brief der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien zum Thema Zuschuss der Stadt an die SPSPG informieren.

Die so **geänderte Tagesordnung** wird zur Abstimmung gestellt und einstimmig **bestätigt**.

Zur **Niederschrift** der 65. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 16.11.2022 gibt es keine Hinweise; sie wird mit 13 Ja-Stimmen, bei 3

Stimmenthaltungen **bestätigt**.

Der Oberbürgermeister bestätigt auf Nachfrage von Herrn Brödnö, dass es von der gemeinsamen Sitzung des Hauptausschusses mit dem Kreisausschuss Potsdam-Mittelmark am 15.11.2022 ebenfalls eine Niederschrift geben wird.

zu 3 Aktuelle Situation Energielage

Eingangs informiert der Oberbürgermeister über die beschlossenen Gesetze zur Einführung einer Strom- und Gaspreisbremse. Für Bürgerinnen und Bürger sowie kleine und mittlere Unternehmen gilt die Gaspreisbremse ab März 2023 und umfasst auch rückwirkend die Monate Januar und Februar. Die Strompreisbremse wirkt für alle Stromkundinnen und Stromkunden zu Beginn des Jahres 2023. Die Auszahlung der Entlastungsbeträge für Januar und Februar 2023 erfolgt mit Rücksicht auf die Versorgungsunternehmen aber erst im März 2023. Alle privaten, gewerblichen oder gemeinnützigen Verbraucherinnen und Verbraucher werden bis zum 30. April 2024 entlastet.

Das Gesetz hat eine sehr kurze Vorlaufzeit, auch für diejenigen, die mit der Umsetzung betraut sind, wie die Stadtwerke.

Er verweist auf die zwei stattgefundenen Veranstaltungen zum Thema Energie und informiert über zwei weitere Leserforen mit denen zusätzliche Informationsangebote geschaffen werden.

Im Weiteren führt der Oberbürgermeister zum Stand der Vorbereitungen zum „Thema Wohngeldrechner Neu“ aus. Die Bundesregierung gehe von 380.000 sogenannten „Wechslern“ und in etwa 1 Million Neukunden bundesweit aus. Die notwendige Verwaltungsvorschrift wird erst Ende des I. Quartals 2023 zur Verfügung stehen. Bearbeitungshinweise werden erst kurz vor Weihnachten kommen. Die Verwaltung hat damit wenig Zeit, sich auf das neue Verfahren vorzubereiten. Eine weitere Herausforderung sind die Zahlungsläufe. Bei der Kassenwirksamkeit komme es zum zeitlichen Versatz, so dass die Verwaltung mit pauschalen Abschlagszahlungen arbeiten müsse. Die Ermessensausübung liegt bei den Kommunen. Das digitale Fachverfahren wird Mitte Januar 2023 zur Verfügung stehen. Das alles hat Auswirkungen auf das Tempo in der Bearbeitung und wird für die Kolleginnen und Kollegen eine Herausforderung werden; Engpässe seien nicht auszuschließen. Die Landeshauptstadt habe rechtzeitig Vorsorge getroffen und konnte den Personalbestand ab 1.1. 23 verdoppeln, so dass ein deutlich gewachsener Personalbestand in der Wohngeldstelle vorgehalten werden kann.

Anschließend beantwortet er die Fragen der Hauptausschussmitglieder zu externen und internen Ausschreibungen sowie zum möglichen Einsatz von Zeitkräften.

zu 4 Information zur Aufgabenstellung der Machbarkeitsstudie für das Forum an der Plantage + Vorlage Projektstruktur

Herr Kümmel, Planungsbüro, erörtert anhand einer Powerpoint-Präsentation (dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigelegt) die Aufgabenstellung der Machbarkeitsstudie. Insbesondere geht er auf die Bausteine und Beteiligung ein und führt zu den Vorbereitungen, wie das Einsetzen einer Projektstruktur (Begleitkreis mit AG 1 und AG 2), der Abstimmung der Beteiligungsformate und Ausschreibung der Machbarkeitsstudie

aus. Nach der Grundsatzentscheidung der Stadtverordnetenversammlung zur Machbarkeit schließe sich der Aufstellungsbeschluss zur Änderung des B-Plan Nr. 1 „Neuer Markt/Plantage“ an.

Im Anschluss beantwortet er die Frage von Herrn Finken zum Zeitplan der vorgestellten Bausteine, indem er darauf verweist, dass die Einbringung der Projektstruktur im Dezember 2022 erfolge und nachfolgend im Frühjahr 2023 die Ausschreibung. Herr Dr. Scharfenberg führt zu den Arbeitsgruppen und dem Begleitkreis aus, verweist auf die Festlegung im Grundsatzbeschluss und erklärt, technisch gut umgesetzt, trotzdem seien noch viele Fragezeichen, so zum Beispiel, ob das Grundstück vom Kirchenschiff zur Verfügung stehe. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass die Stiftung Garnisonkirche bekundet habe, sich an der Erarbeitung der Machbarkeitsstudie zu beteiligen und an dem vorgestellten Prozess mitzuwirken.

zu 5 Richtlinie der Landeshauptstadt Potsdam zur Förderung von Maßnahmen Kommunalen Pflegepolitik - Pflege vor Ort

Vorlage: 22/SVV/0974

Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Inklusion

Frau Kitzmann, Fachbereichsleiterin Soziales und Inklusion, bringt die Vorlage ein und beantwortet die Nachfragen von Frau Schulze indem sie darauf verweist, dass die Anwendungsrichtlinie im Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion vorgestellt und nachfolgend festgelegt wurde, im Ausschuss für Finanzen regelmäßig zu berichten. Dem sei die Verwaltung nachgekommen.

Der Hauptausschuss beschließt:

Die „Richtlinie der Landeshauptstadt Potsdam zur Förderung von Maßnahmen Kommunalen Pflegepolitik - Pflege vor Ort“ gemäß Anlage.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	14
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

zu 6 Beschluss zum Vorschlag des Kreiswahlleiters für die Landtagswahlen

Vorlage: 22/SVV/1094

Oberbürgermeister, Verwaltungsmanagement

Herr Jetschmanegg, Leiter Zentrale Verwaltung, bringt die Vorlage ein.

Der Hauptausschuss beschließt:

Herr Kalle-Jonas Grüttgen wird dem Landeswahlleiter als Kreiswahlleiter der Wahlkreise 21 und 22 der Landtagswahl gemäß § 12 Abs.2 des Brandenburgischen Landeswahlgesetzes zur Berufung vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen.

zu 7 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung - zur Erledigung**

zu 7.1 **Regelmäßige Treffen der Fraktionsvorsitzenden mit der Verwaltungsspitze** **Vorlage: 22/SVV/0607**

Fraktionen DIE LINKE, CDU, DIE aNDERE, Freie Demokraten

Zurückgestellt – bei der Bestätigung der Tagesordnung.

zu 7.2 **Josephinen-Wohnanlage zur Chefsache machen**

Vorlage: 22/SVV/0972

Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg bringt den Antrag namens der Fraktion DIE LINKE ein und verweist auf die in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes gegebenen Informationen bzgl. einer Nutzungsuntersagung.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, Herr Rubelt, informiert, dass eine Anhörung eingeleitet und eine Frist gesetzt sei sowie Auskunft zum Sachverhalt verlangt wurde. Im Zuge der weiteren Prüfung kann das zu einer Nutzungsuntersagung führen.

Herr Jekel, Fachbereichsleiter Wohnen, ergänzt, dass sein Bereich die Anhörung durchführe und im Rahmen dessen eine Vor-Ort-Besichtigung stattfinde, um sich ein Bild machen zu können. Darüber hinaus suche die Stadt, als „Lehre“ aus diesem Vorgang andere Partner, um solche Wohnformen anbieten zu können.

Da hier offizielle behördliche Verfahren laufen, so der Oberbürgermeister, und es sich hier nicht um eine politische Angelegenheit handelt, ist die Frage, wie mit dem Antrag weiter verfahren werden soll.

Nach kontroverser Diskussion beantragt Herr Dr. Zöllner, Bündnis 90/Die Grünen, den Antrag als erledigt zu erklären. Herr Heuer spricht sich für die Erledigung aus, da der Antrag der Fraktion DIE LINKE unzulässig ist und ein Eingreifen des Oberbürgermeisters sogar untersagt sei.

Abstimmung:

Die Feststellung der Erledigung dieses Antrags wird angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	10
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	4

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die notwendigen Auseinandersetzungen mit den Betreibern der Josephinen-Wohnanlage zur Chefsache zu machen, um den durch die Umwandlung in Ferienwohnungen herbeigeführten skandalösen Zustand mit den Eingriffsmöglichkeiten der Stadt zu beenden und zumindest für die wenigen noch verbliebenen Seniorinnen und Senioren Sicherheit zu schaffen.

zu 7.3 **Priorität für neuen Plenarsaal**
Vorlage: 22/SVV/0938
Fraktion DIE LINKE

Zurückgestellt – bis zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses am 14.12.2022.

zu 8 **Vorberatung im Hauptausschuss**

zu 8.1 **Neufassung der Taxitarifverordnung**
Vorlage: 22/SVV/1061

Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, Herr Rubelt, bringt die Vorlage ein, die anschließend von Herrn Wustrack anhand einer Powerpoint-Präsentation (dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt) näher erläutert wird. Nach Beantwortung einiger Rückfragen nimmt der Hauptausschuss den Beschlussvorschlag zur Kenntnis und empfiehlt die abschließende Beratung in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 07.12.2022.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Verordnung zur Festsetzung von Beförderungsentgelten im Gelegenheitsverkehr mit den in der Landeshauptstadt Potsdam zugelassenen Taxen – Taxitarifverordnung – der Landeshauptstadt Potsdam gemäß Anlage 1.

Der Oberbürgermeister wurde aufgefordert, im Zusammenhang mit der Erhöhung des Mindestlohnes bis zum Jahresende 2022 eine weitere Anpassung der Taxitarife vorzubereiten.

zu 9 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 9.1 **Bürgerbefragung zu Rechenzentrum und Garnisonkirche**
Vorlage: 21/SVV/1201
Fraktion DIE LINKE

Zurückgestellt – bis zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses am 14.12.2022.

zu 9.2 **Prüfung der Versicherungskosten der Pro Potsdam durch das Rechnungsprüfungsamt**
Vorlage: 22/SVV/0001
Fraktion DIE aNDERE

Herr Brödno bringt den Antrag in der Fassung vom 27.06.2022 namens der Fraktion DIE aNDERE ein.

Anschließend erläutert Frau Hofmann die Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses, den Antrag abzulehnen. Sie verweist auf die Rechnungsprüfungsordnung auf deren Grundlage das Rechnungsprüfungsamt prüft, ob die Verwaltung ihren Aufgaben als Gesellschafter gerecht werde (Betätigungsprüfung). Das Anliegen des Antrags bewege sich nicht in diesem Rahmen.

Der Hauptausschuss empfiehlt mehrheitlich, diesen Antrag abzulehnen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt das Rechnungsprüfungsamt mit der Prüfung der Versicherungsverträge der städtischen Wohnungsgesellschaft Pro Potsdam.

Insbesondere soll geprüft werden, ob die Höhe der Versicherungskosten insgesamt angemessen ist, ob hinreichende Vorkehrungen gegen Doppelversicherungen getroffen wurden und ob die Umlage der Versicherungskosten auf die Mieter*innen korrekt erfolgt.

Das Rechnungsprüfungsamt wird gebeten, den Rechnungsprüfungsausschuss spätestens im Mai 2022 über den Sachstand zu informieren.

zu 9.3 Schaffung und langfristige Sicherung von bezahlbarem Wohnraum in ganz Potsdam

Vorlage: 22/SVV/0367

Fraktionen SPD, DIE LINKE

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes hat den Änderungsantrag der Fraktion CDU 03.05.2022 mit 2:5:1 Stimmen abgelehnt sowie dem Antrag in der Fassung des Änderungsantrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.05.2022 mit 4:2:2 Stimmen zugestimmt (der Text der neuen Fassung ist im Ratsinformationssystem hinterlegt).

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt, die **Erledigung** des Antrages festzustellen.

Dieser Empfehlung folgend beantragt Herr Heuer die **Erledigung** des Antrages festzustellen.

Der Hauptausschuss empfiehlt mit 14:0:2, den Antrag als erledigt zu erklären.

zu 9.4 Ortsteilbeauftragte/r

Vorlage: 22/SVV/0606

Fraktion DIE LINKE

Zurückgestellt – bis zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses am 14.12.2022.

zu 9.5 Ausbaupotentiale des Fernwärmenetzes

Vorlage: 22/SVV/0726

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Zurückgestellt (im Rahmen der Bestätigung der Tagesordnung) – da es im Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität eine Einigung zum Antrag gab und der Vorschlag der Verwaltung in den Antrag der Fraktion CDU (DS 22/SVV/0739, betr.: nachhaltige/erneuerbare Energiegewinnung in Potsdam) eingeflossen ist. Eine abschließende Beratung wird in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 07.12.2022 erfolgen.

zu 9.6 Energiekrise nicht zur sozialen Krise werden lassen – Bürger:innen entlasten!

Vorlage: 22/SVV/0737

Fraktion DIE LINKE

Zurückgestellt – da das Votum des Ausschusses für Finanzen fehlt; der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion hat die Erledigung des Antrages festgestellt.

zu 9.7 Stadteilvertretungen zur Intensivierung der Bürgerbeteiligung

Vorlage: 22/SVV/0742

Fraktion CDU

Zurückgestellt – da das Votum des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung fehlt.

zu 9.8 Konzept für die Beteiligungsformate der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 22/SVV/0833

Fraktion CDU

Herr Finken bringt den Antrag namens der Fraktion CDU ein.

Der Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung empfiehlt, dem Antrag zuzustimmen.

Im Verlauf der Diskussion wird sich darauf geeinigt, im letzten Satz folgende Ergänzung einzufügen:

Der Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung soll regelmäßig, **erstmalig im Juni 2023**, über den Stand der Erarbeitung informiert werden.

Der so geänderte Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den relevanten Akteuren der Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam (u.a. Werkstatt für Beteiligung, Beteiligungsrat) ein Konzept für Beteiligungsformate der Landeshauptstadt Potsdam auszuarbeiten, nach dem sich die Verwaltung zukünftig bei der Durchführung von Beteiligung orientieren soll.

Folgende Inhalte sollten Bestandteile des Konzeptes sein:

- Einheitliche Namensgebung der Formate für Potsdam
- Methodik der Durchführung
- Formulierung der Beteiligungsziele des Formats
- Vorschläge für weitere Einbindung der Beteiligten in den weiteren Verwaltungsprozess

Für ein besseres Erwartungsmanagement der Teilnehmenden sollten diese Informationen den Bürgerinnen und Bürgern in geeigneter Form zur Verfügung gestellt werden.

Der Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung soll regelmäßig, **erstmalig im Juni 2023**, über den Stand der Erarbeitung informiert werden.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit **angenommen**.

zu 9.9 Unterstützung alternativer Energiequellen

Vorlage: 22/SVV/0748

Fraktion Freie Demokraten

Frau Becker bringt den Antrag namens der Fraktion der Freien Demokraten ein.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt, dem Antrag mit 8:0:1 Stimmen zuzustimmen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich u.a. in seiner Funktion als Gesellschaftervertreter im Stadtwerkeverbund dafür einzusetzen, bestehende Hürden für den Anschluss sogenannter Stecker-Solargeräte auch in der Landeshauptstadt Potsdam zu senken.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit **angenommen**.

zu 9.10 Transparenz der Tätigkeit von Beiräten

Vorlage: 22/SVV/0792

Fraktion DIE aNDERE und Stadtverordneter Andreas Menzel (BVB/FW)

Zurückgestellt – da das Votum des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung fehlt.

zu 9.11 Wissenstransfer für Potsdam - Fortführung der Zuwendung an den Verein proWissen Potsdam zum Betrieb der Wissenschaftsetage im Bildungsforum Potsdam

Vorlage: 22/SVV/0914

Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein und verweist auf die mehrheitliche

Empfehlung des Ausschusses für Finanzen - mit 7:1:0 Stimmen – dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung (SVV) der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) am 02.05.2012 gefasste Beschluss, sich finanziell am Betrieb und Unterhaltung des Hauses der Wissenschaft in der 4. Etage des Bildungsforums (heute Wissenschaftsetage WIS im Bildungsforum) zu beteiligen, wird bestätigt.

Die LHP beteiligt sich am dem Jahr 2023 für zunächst weitere 5 Jahre an dem Betrieb der Wissenschaftsetage im Bildungsforum.

Die Zahlung erfolgt als zweckgebundene Zuwendung an den Verein proWissen Potsdam.

Für die Jahre 2023 - 2028 wird weiterhin ein Sockelbetrag in Höhe von 270.000 Euro (Betrieb WIS 190.000 Euro + Wissenschaftskommunikation 80.000 Euro) gezahlt.

Für die Laufzeit des Smart-City Projektes Potsdam Lab wird von 2023 - 2026 ein zusätzlicher Personal- und Sachkostenzuschuss in Höhe von 139.000 Euro sowie ein Ausgleichsbetrag in Höhe von 11.000 Euro für Tarifierhöhungen gezahlt.

Anhand der Abrechnung des ersten Betriebsjahres 2023 wird die Höhe des finanziellen Zuschusses evaluiert und für die Jahre 2024-2026 angepasst wobei die Höhe des über den Sockelbetrag hinausgehenden Zuschusses auf höchstens 139.000 Euro für Sach- und Personalkosten gedeckelt ist.

Das Smart-City Projekt wird in der ersten Hälfte des Jahres 2026 unter Mitwirkung des Digitalisierungsrates evaluiert und der Stadtverordnetenversammlung eine Fortführungsprognose des PotsdamLab in Zusammenarbeit mit ProWissen, zunächst bezogen auf die die Jahre 2027-2028, zum Beschluss vorgelegt.

Die Stadtverordnetenversammlung appelliert an die Mitglieder im Verein ProWissen zu prüfen, wie auch sie einen Beitrag zur Sicherung von ProWissen als einzigartige Plattform für die Wissenschaftskommunikation und den Wissenstransfer leisten können.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen,
bei einigen Stimmenthaltungen.

zu 9.12 Faire und gleiche Bezahlung in der Klinikgruppe "Ernst von Bergmann"
Vorlage: 22/SVV/0980
Fraktion DIE aNDERE

Der Antrag wird vom Stadtverordneten Brödno namens der Fraktion DIE aNDERE eingebracht.

Der Ausschuss für Finanzen hat die **Erlедigung** des Antrages mit 7:1:0 Stimmen festgestellt, ebenso der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und

Inklusion.

Nach Erläuterung des Sachstandes durch Herrn Schmidt, Geschäftsführer des Klinikums Ernst von Bergmann, wird der Antrag zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mit 10 Ja-Stimmen, bei 2 Nein-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen, die Erledigung des Antrags festzustellen.

zu 9.13 Vereinbarung zur Sicherung bezahlbarer Mieten, Wohnraumversorgung durch Neubau und Klimaschutz bei der ProPotsdam GmbH

Vorlage: 22/SVV/1019

Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration

Herr Jekel, Fachbereichsleiter Wohnen, bringt die Vorlage ein und verweist auf die in den Ausschüssen vorgeschlagenen Änderungen:

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Vorlage mit 7:0:1 Stimmen sowie mit folgenden mit der Verwaltung abgestimmten Änderungen unter dem Punkt (2) d und e im Beschlusstext sowie in der Vereinbarung wie folgt zuzustimmen:

Im Beschlusstext:

- d) Zweckbestimmte Umwidmung der auf der Grundlage des LOI zur Schulentwicklungsplanung gebildeten Rücklagen zur Finanzierung von Flächenankäufen, die prioritär zur Entwicklung von Flächen für die soziale Infrastruktur der LHP verwendet werden; ~~soweit die Refinanzierung durch spätere Einnahmen aus dem jeweiligen Einzelprojekt gesichert ist~~ **dazu sollen jeweils gesonderte Gesellschafterbeschlüsse gefasst werden, die die dann aktuelle wirtschaftliche Lage der Gesellschaft berücksichtigen**
- e) Beteiligung der ProPotsdam an den Kosten der sozialen und öffentlichen Infrastruktur; (z. B. bei der Luftschiffhafen GmbH, der Biosphäre, dem Volkspark); ~~soweit die Refinanzierung durch spätere Einnahmen aus dem jeweiligen Einzelprojekt gesichert ist~~ **dazu sollen jeweils gesonderte Gesellschafterbeschlüsse gefasst werden, die die dann aktuelle wirtschaftliche Lage der Gesellschaft berücksichtigen.**

In der Vereinbarung:

- d) Zur Finanzierung von Ankaufsflächen werden auf Grundlage eines Gesellschafterbeschlusses der LHP die gemäß LOI zum Schulentwicklungsprogramm 2013 gebildeten Rücklagen in Höhe von 7,7 Mio. € zweckbestimmt umgewidmet und prioritär für den Ankauf und die Entwicklung von Flächen für die soziale Infrastruktur der LHP verwendet ~~soweit die Refinanzierung durch spätere Einnahmen aus dem jeweiligen Einzelprojekt gesichert ist~~; **es sollen dazu jeweils gesonderte Gesellschafterbeschlüsse gefasst werden, die die dann aktuelle wirtschaftliche Lage der Gesellschaft berücksichtigen.**
- e) Zugleich beteiligt wird sich die ProPotsdam auch verstärkt an den Kosten der sozialen und öffentlichen Infrastruktur (z. B. bei der Luftschiffhafen GmbH, der Biosphäre, dem Volkspark oder beim Kita-Bau) beteiligen in

~~den Quartieren; soweit die Refinanzierung durch spätere Einnahmen aus dem jeweiligen Einzelprojekt gesichert ist und es sollen dazu jeweils~~
gesonderte Gesellschafterbeschlüsse gefasst werden, die die dann aktuelle wirtschaftliche Lage der Gesellschaft berücksichtigen.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt, der Vorlage mit 4:0:4 Stimmen einschließlich der mit der Verwaltung o.g. abgestimmten Änderungen unter dem Punkt (2) d und e im Beschlusstext zuzustimmen.

Herr Brödno erläutert den Änderungsantrag der Fraktion DIE aNDERE vom 22.11.2022, der in den Ausschüssen keine Zustimmung gefunden hat. Er beantragt, über die darin enthaltenen Punkte einzeln abzustimmen.

Dieser **Geschäftsordnungsantrag**, wird mit Stimmenmehrheit **abgelehnt**.

Anschließend wird der Änderungsantrag der Fraktion DIE aNDERE zur Abstimmung gestellt und

mit Stimmenmehrheit abgelehnt,
bei 2 Ja-Stimmen und
einigen Stimmenthaltungen.

Anschließend wird die von den Ausschüssen Finanzen und für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfohlene Fassung zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die in der Anlage beigefügte Vereinbarung mit der ProPotsdam GmbH mit folgenden Inhalten abzuschließen:

1. Sicherung bezahlbarer Mieten und Mieterschutz

- a) Mietenmoratorium: keine Mieterhöhungen bis zum 31.10.2023
- b) Keine Räumungen wegen Mietrückständen durch hohe Wärmepreise bis zum 30.06.2024
- c) Im Anschluss an das Mietenmoratorium Kappung von Mieterhöhungen auf insgesamt maximal 10 Prozent in drei Jahren bei Kappung von Mieterhöhungen auf maximal 5 Prozent je Mieterhöhung
- d) Fortsetzung und Ausweitung der Bonusprogramme der ProPotsdam
- e) Beteiligung am Potsdam Bonus nach Implementierung durch die Landeshauptstadt Potsdam
- f) Bereitstellung von Angebotskontingenten zur Vermietung an Berufsgruppen der Daseinsvorsorge

2. Wohnungsneubau und Sicherung öffentlicher kritischer Infrastruktur

- a) Fortführung des Wohnungsneubauprogramms von 2.500 Wohnungen bis 2027
- b) Unentgeltliche Übertragung städtischer Grundstücke an die ProPotsdam zum Zweck der Schaffung von Sozialwohnungen oder von Wohnraum für Geflüchtete

- c) Mitwirkung am Aufbau eines aktiven kommunalen Liegenschaftsmanagements
 - d) Zweckbestimmte Umwidmung der auf der Grundlage des LOI zur Schulentwicklungsplanung gebildeten Rücklagen zur Finanzierung von Flächenankäufen, die prioritär zur Entwicklung von Flächen für die soziale Infrastruktur der LHP verwendet werden; ~~soweit die Refinanzierung durch spätere Einnahmen aus dem jeweiligen Einzelprojekt gesichert ist~~ **dazu sollen jeweils gesonderte Gesellschafterbeschlüsse gefasst werden, die die dann aktuelle wirtschaftliche Lage der Gesellschaft berücksichtigen**
 - e) Beteiligung der ProPotsdam an den Kosten der sozialen und öffentlichen Infrastruktur; (z. B. bei der Luftschiffhafen GmbH, der Biosphäre, dem Volkspark); ~~soweit die Refinanzierung durch spätere Einnahmen aus dem jeweiligen Einzelprojekt gesichert ist~~ **dazu sollen jeweils gesonderte Gesellschafterbeschlüsse gefasst werden, die die dann aktuelle wirtschaftliche Lage der Gesellschaft berücksichtigen.**
 - f) Zu d) und e) erfolgt eine gesonderte Abstimmung zwischen PP und LHP
 - g) Bereitstellung von jährlich durchschnittlich 600, d.h. bis zum 31.12.2027 insgesamt 3.000 Wohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindungen oder zur Anmietung für soziale Zwecke durch die Landeshauptstadt Potsdam.
 - h) Vereinbarung von Kontingenten zur Vermietung an Beschäftigte in kommunalen Unternehmen wie z.B. Krankenpflegerinnen und -pfleger, Feuerwehrleute und Beschäftigte der Stadtwerke
 - i) Verzicht der LHP auf Gewinnausschüttung für die Laufzeit der Vereinbarung. Eine Überprüfung erfolgt nach 2 Jahren
3. Energieversorgung, Klimaschutz und Klimaanpassung
- a) Zusammenarbeit im Rahmen der nachhaltigen Stadtentwicklung, z.B. bei der Erarbeitung und Umsetzung integrierter Konzepte zur behutsamen und nachhaltigen Quartiersentwicklung
 - b) Sicherung einer sozialverträglichen Sanierung zur Vermeidung von Verdrängung auf Grundlage eines Konzepts für Durchmischung und Vielfalt im Projekt „Schlaatz 2030“
 - c) Dezentraler und öffentlich geförderter Ausbau erneuerbarer Energien an und auf Wohngebäuden
 - d) Unentgeltliche Übertragung von Rand- und Splitterflächen an die ProPotsdam und Wohnungsgenossenschaften zur Aktivierung von innerstädtischen Potenzialen für sozialen, öffentlich geförderten bzw. genossenschaftlichen Wohnungsbau

Die Vereinbarung hat eine Laufzeit bis zum 31.12.2027.

Sowie folgenden Änderungen in der Vereinbarung:

- d) Zur Finanzierung von Ankaufsflächen werden auf Grundlage eines Gesellschafterbeschlusses der LHP die gemäß LOI zum Schulentwicklungsprogramm 2013 gebildeten Rücklagen in Höhe von 7,7 Mio. € zweckbestimmt umgewidmet und prioritär für den Ankauf und die Entwicklung von Flächen für die soziale Infrastruktur der LHP verwendet

~~soweit die Refinanzierung durch spätere Einnahmen aus dem jeweiligen Einzelprojekt gesichert ist;~~ **es sollen dazu jeweils gesonderte Gesellschafterbeschlüsse gefasst werden, die die dann aktuelle wirtschaftliche Lage der Gesellschaft berücksichtigen.**

- e) ~~Zugleich beteiligt wird sich die ProPotsdam auch verstärkt an den Kosten der sozialen und öffentlichen Infrastruktur (z. B. bei der Luftschiffhafen GmbH, der Biosphäre, dem Volkspark oder beim Kita-Bau) beteiligen in den Quartieren;~~ ~~soweit die Refinanzierung durch spätere Einnahmen aus dem jeweiligen Einzelprojekt gesichert ist~~ **und es sollen dazu jeweils gesonderte Gesellschafterbeschlüsse gefasst werden, die die dann aktuelle wirtschaftliche Lage der Gesellschaft berücksichtigen.**

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit **angenommen**,
bei einigen Stimmenthaltungen.

zu 10 Verständigung zur Einwohnerfragestunde

Die vorliegenden Fragen, so der Oberbürgermeister, werden vom Geschäftsbereich Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit sowie vom Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt beantwortet.

zu 11 Mitteilungen der Verwaltung

zu 11.1 Prüfung der städtischen Beteiligung am HBPG/BKG

Vorlage: 22/SVV/0697

Oberbürgermeister, GB Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Frau Dr. Seemann, Leiterin des Fachbereiches Kultur, beantwortet Nachfragen zu der vorliegenden Mitteilungsvorlage und verweist auf die Diskussion derselben im Ausschuss für Kultur. Im Rahmen des weiteren Meinungsaustausches wird dafür plädiert, die Verwaltungsvereinbarung vor deren Abschluss den Stadtverordneten zur Kenntnis zu geben und eine kurze Laufzeit von 2 Jahren zu wählen.

Eine weiterführende Diskussion der Thematik wird für die Gremien (Ausschuss für Kultur und Aufsichtsrat der Brandenburgischen Gesellschaft für Kultur und Geschichte gGmbH) in denen auch Stadtverordnete vertreten sind, empfohlen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 11.2 Personalbericht - II. 2022 – "Attraktive Arbeitgeberin"

Vorlage: 22/SVV/1143

Oberbürgermeister, Personal und Organisation

Der Oberbürgermeister verweist auf die mit der Mitteilungsvorlage ausgereichten Informationen in Form einer Powerpoint-Präsentation (Anlage zur o.g. Drucksache) und bittet, Nachfragen zu stellen.

Thematisiert werden die zu lange Laufzeit kommissarischer Besetzungen, die Möglichkeit einer Parallelbesetzung wenn Führungskräfte in den Ruhestand

gehen und der Stand der Personalbedarfsanalyse. Letztere, so Frau Dr. Kletzing, Leiterin des Fachbereiches Personal und Organisation, werde wie vereinbart mit der Haushaltsplanung ausgereicht. Die Nachfrage von Herrn Brödno, ob es Fortschritte bei der Stellenbesetzung ASD gebe, wird bejaht.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 11.3 Information über den Stand der Verhandlungen zur Interkommunalen Zusammenarbeit gemäß Beschluss: 21/SVV/1353

Zu diesem Tagesordnungspunkt trägt Herr Erchinger (GAVIA) anhand einer Powerpoint-Präsentation (dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt) zur Umsetzung des o.g. Beschlusses vor. Die Verhandlungen wurden mit dem Ziel der Gründung eines Zweckverbandes zur gemeinsamen hochwertigen Bioabfallverwertung in einer Bioabfallvergärungsanlage am Standort Schwanebeck geführt. Nach Beantwortung einiger Rückfragen wird die Berichterstattung zur Kenntnis genommen.

**zu 11.4 Fortführung der externen WerkStadt für Beteiligung ab 02/2023 / Ergebnis des Zuwendungsverfahrens
Vorlage: 22/SVV/1064**

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation und Partizipation

Der Oberbürgermeister erläutert die Mitteilungsvorlage, die anschließend zur Kenntnis genommen wird.

**zu 11.5 Status UNESCO Creative City of Film
Vorlage: 22/SVV/1067**

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation und Partizipation

Da es keine Nachfragen gibt, wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

zu 12 Sonstiges

Der Oberbürgermeister informiert über einen **Brief der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien zur Frage der Beteiligung des Bundes an den Kosten** zur Beseitigung des Pflegedefizits der Parks und Gärten der SPSG.

Im Namen der Staatsministerin Frau Roth wird darauf verwiesen, dass die Antwort mit den beiden anderen Geldgebern abgestimmt sei und wird bedauert, dass die Landeshauptstadt Potsdam als einer der Hauptprofiteure der Park- und Gartenanlagen der Stiftung SPSG die Einstellung des jährlichen Zuschusses erwägt.

Im Weiteren wird darauf Bezug genommen, dass die Stiftung auch künftig einen Zuschuss erwarte und dem auch nicht die Äußerung des Senators von Berlin, Herrn Lederer widerspreche. Betont wird weiterhin, dass das Pflegedefizit zwar

abgebaut, aber nicht beseitigt wird und deshalb der jährliche Beitrag der Landeshauptstadt Potsdam auch weiterhin dringend erforderlich sei.

Um einen Parkeintritt zu verhindern, müssten alle einen Beitrag leisten und wird an die Landeshauptstadt der Appell gerichtet, auch weiterhin 1 Mio. Zuschuss zu zahlen.

Der Oberbürgermeister werde diesen Brief in den nächsten Tagen an die Fraktionen weiterleiten, um unter dieser Maßgabe die Diskussion der sich im Geschäftsgang befindenden Vorlage wiederaufzunehmen.

Daran anschließend fordert Herr Dr. Scharfenberg die Einladung von Vertretern des Landes, um sich darüber zu verständigen, wie es weitergehen soll und ob jetzt damit die Erwartung verbunden sei, den Zuschuss „auf alle Zeit“ zu zahlen. Herr Finken bittet darum, Alternativen vorzustellen und in die Diskussion mit einzubeziehen.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass seitens der Stiftung deutlich gemacht wurde, über Alternativen usw. erst nach der Entscheidung der Landeshauptstadt nachdenken zu wollen. Die Stadt werde um diese Entscheidung nicht herumkommen. Ein Parkeintritt werde signifikante Änderungen für viele Bewohner bewirken.

Herr Dr. Scharfenberg bittet um eine Befassung mit der inhaltlichen **Arbeitsplanung des Hauptausschusses für das Jahr 2023** in der nächsten Sitzung am 14.12.2022.